

Oberbürgermeister Klaus Eberhardt  
Stadtverwaltung  
79618 Rheinfelden

Rheinfelden, 26.02.2023

## **Antrag auf Erarbeitung einer Zweckentfremdungssatzung und eines Leerstandsmanagements**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eberhardt,

In der Badische Zeitung, 28.1.2023 wurde die derzeitige Situation des leerstehenden Kulturdenkmals „Trompeterhalle (später „Lovers Inn) aus dem Jahr 1899 thematisiert. Leider steht der Leerstand und die unklare Zukunft dieses Hauses nicht allein da in Rheinfelden: So fallen jedem von uns weitere Häuser in der Stadt und den Ortsteilen ein, die schon längere Zeit leer stehen, - aus welchen Gründen auch immer.

Während hier Häuser leer stehen, haben auch wir in Rheinfelden mit einem gravierenden Mangel an Wohnraum zu kämpfen, der für die betroffenen Menschen weitreichende Folgen hat.

Als Antwort auf den schon länger bestehenden Wohnungsmangel haben wir bisher mit der Ausweisung von neuen Wohngebieten, mit einer zunehmenden Nachverdichtung reagiert. Beide Maßnahmen sind nicht nur mit einer längeren Planungszeit verbunden, sondern auch mit einem zunehmenden Flächenverbrauch, der sich negativ auf unsere Klimaschutzziele auswirkt. Aus dem gleichen Grund sollten aufgrund der klimaschädlichen Emissionen bei Neubauten die Sanierung von Gebäuden vor Abriss und Neubau gestellt werden. Aus all diesen Gründen halten wir es für dringend geboten, neben dem Wohnungsneubau die Rückführung leerstehender Wohngebäude auf den Wohnungsmarkt in den Fokus nehmen. Jede Wohnung, die nicht leer steht ist ein kleiner Schritt gegen den Wohnungsmangel.

Mit dem Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwEWG) haben Städte und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, auf Basis einer eigenen Satzung ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum festzulegen, soweit der Wohnraumangel nicht in absehbarer Zeit durch andere Maßnahmen beseitigt werden kann.

Wir beantragen aus diesem Grund, dass die Verwaltung Strategien für ein Leerstandsmanagement auf Basis einer zu erarbeitenden Zweckentfremdungssatzung entwickelt. Hierbei sollen als erster Schritt solche Leerstände erfasst werden, um im Anschluss mit den Hausbesitzern in Kontakt zu treten, um die Gründe des Leerstands zu klären und möglicherweise Einfluss zu nehmen, um somit unnötig lange Leerstände von Wohnraum zu verhindern.

Für die SPD-Fraktion: Karin Paulsen-Zenke